

Mediengespräch vom 3. März 2016

Ostermundigen, 02.03.2016 / SteBar



VOLKSABSTIMMUNG 3. APRIL 2016

Der Gesamtgemeinderat von Ostermundigen hat heute Vormittag im Rahmen einer Begehung der Bernstrasse die zentralen Punkte und die Bedeutung der Volksabstimmung vom 3. April 2016 zur Initiative „Bernstrasse sanieren – Verkehr optimieren!“ den Medien erläutert.

Der Gemeinderat sowie auch der Grosse Gemeinderat empfiehlt den Stimmberechtigten, die Volksinitiative anzunehmen, und zwar aus folgenden Gründen:

- Mit der Volksinitiative kann die Gemeinde – unter namhafter Kostenbeteiligung des Kantons und des Bundes – drei wichtige und teilweise dringende Projekte “auf einen Schlag” umsetzen: Ausbau Verkehrsinfrastruktur (ÖV/Individualverkehr), Sanierung Bernstrasse inkl. Werkleitungen, Ausbau Bahnhofunterführung.
- Kann die Bernstrasse nicht im Zuge eines Tramprojekts saniert werden, muss die Gemeinde ein eigenes Sanierungsprojekt für die Strasse und deren Werkleitungen starten. Die Kosten für diese Sanierung wären mindestens gleich hoch, vermutlich aber (deutlich) höher als der in der Volksinitiative beantragte Rahmenkredit, da ohne Tramprojekt keine Kostenbeteiligungen durch Bund und Kanton vorgesehen sind. Zusammen mit den Kosten für den Ausbau der Bahnhofunterführung und einer allfälligen Doppelgelenkbus-Lösung als kurz- bis mittelfristige Alternative zu einem Tram müsste mit ungleich höheren Kosten

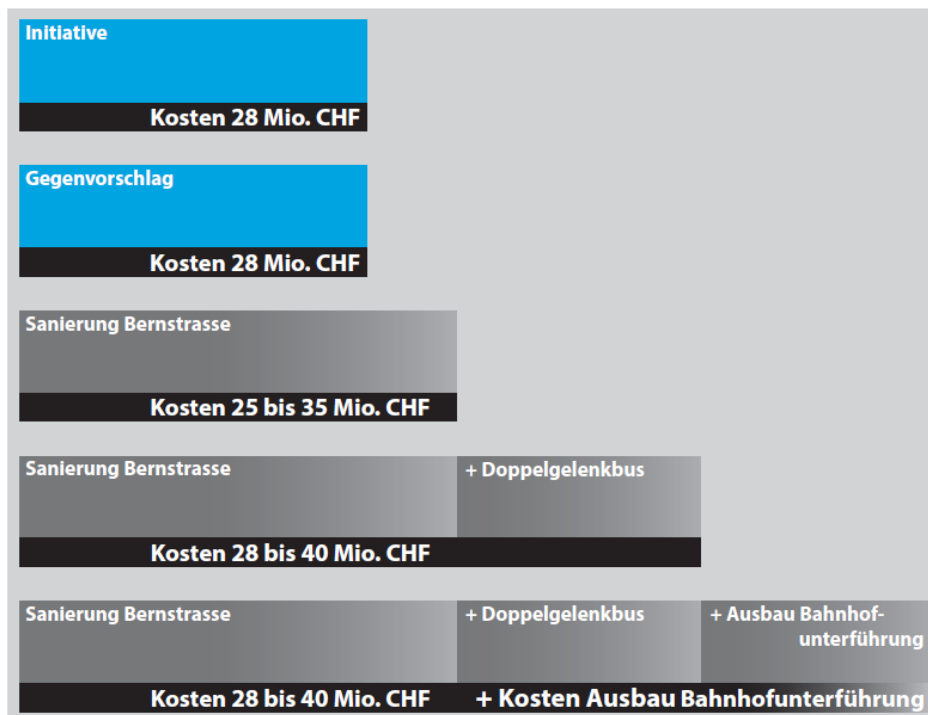
gerechnet werden (vgl. die folgende Grafik). Doppelgelenkbusse stellen für die Gemeinde Ostermundigen zudem auch deshalb keine gleichwertige Alternative zu einem Tram dar, weil sie die Nachfrage nur mittelfristig bis ca. 2030–2035 decken könnten.

- Gemäss der Volksinitiative ist der Tramtunnel in die Rüti nicht mehr vorgesehen. Damit verzichtet die Volksinitiative auf dasjenige Element, das gemäss repräsentativer Bevölkerungsumfrage im April 2015 zur Analyse des Abstimmungsergebnisses zu "Tram Region Bern" für eine Vielzahl der Stimmberechtigten (70% der befragten Personen) zu kostenintensiv war. Mit dem Verzicht auf den Tramtunnel sind Einsparungen im gesamten Projekt von ca. 30 bis 35 Mio. Franken realisierbar.
- Wird auf einen Tramtunnel in die Rüti verzichtet, wird diese nach heutiger Auffassung des Grossen Gemeinderates und des Gemeinderates am sinnvollsten mit einem Shuttle-Bus erschlossen. Mit dem Shuttle-Bus kann die obere Rüti besser als bisher bedient werden. Der Gemeinderat wird für eine optimale Erschliessung der Quartiere Rüti, Oberfeld und Steigrüebli alles daran setzen, dass ein allfälliger Ortsbus möglichst gut auf Tram und Shuttle-Bus abgestimmt werden kann.
- Die Volksinitiative ist technisch und politisch umsetzbar. Der Gemeinderat der Stadt Bern hat bereits seine Bereitschaft erklärt, den Projektierungsprozess bei einem positiven Volksentscheid in Ostermundigen wieder aufzunehmen. Die Bundesmittel sind zudem nach wie vor gesichert; die kantonalen Mittel müssen neu bewilligt werden. Zudem müssen auch die Stimmberechtigten der Stadt Bern noch einmal „Ja“ zu einem Tram nach Ostermundigen sagen.

Gegenvorschlag des Grossen Gemeinderates

Als Alternative zur Volksinitiative unterbreitet der Grosse Gemeinderat auf Vorschlag des Gemeinderates dem Stimmbürger den Gegenvor-

schlag "Mehr Handlungsspielraum!" zur Abstimmung. Der Gegenvorschlag basiert auf dem Prinzip "Die Initiative ist zwar gut, aber doch verbesserungsfähig". Er sieht ebenfalls die Genehmigung eines Rahmenkredits in der Höhe von 28 Mio. Franken vor. Anders als nach der Volksinitiative wird der Gemeinderat aber mit dem Gegenvorschlag "lediglich" beauftragt, das Tram (nur) bis mindestens zur Ecke Bernstrasse/Rütiweg zu realisieren. Damit soll sich der Gemeinderat für diejenige Wendemöglichkeit einsetzen können, die nach der noch ausstehenden Projektierung und den Abklärungen zur Erschliessung der umliegenden Quartiere (Rüti, Oberfeld, Steigrüebli) am besten abschneidet (wobei die beste Variante letztlich auch die mit der Initiative vorgeschlagene sog. "Waldkurve" sein kann). Zweitens schliesst der Gegenvorschlag im Gegensatz zur Volksinitiative einen Tramtunnel aus, weil die Erschliessung der Quartiere Rüti und Steigrüebli mit Shuttle-Bus und Ortsbussen erfolgen soll. Drittens enthält der Gegenvorschlag präzisere Vorgaben zur Verwendung des Rahmenkredits.



Vergleich der Kosten(-schätzungen) für die Szenarien mit und ohne Tramprojekt

Szenarien bei Ablehnung von Volksinitiative und Gegenvorschlag

Werden Volksinitiative und Gegenvorschlag abgelehnt, müsste die Gemeinde ein eigenes Projekt für die Sanierung der Bernstrasse auslösen. Das Verkehrsproblem würde bestehen bleiben und der Ausbau der Bahnhofunterführung müsste in eigener Regie mit höheren Kosten durchgeführt werden.

Der Gemeinderat

Auskunft / Kontakte

Für ergänzende Auskünfte steht Ihnen Herr Thomas Iten, Gemeindepräsident (Tel. 031 930 14 14) gerne zur Verfügung.